

Zwischen „Rot“ und „Orange“ – Die Republik Moldova hat ein neues Parlament gewählt

von

Dr. Günter W. Dill/ Georgeta Voinea

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung
Bukarest, im März 2005

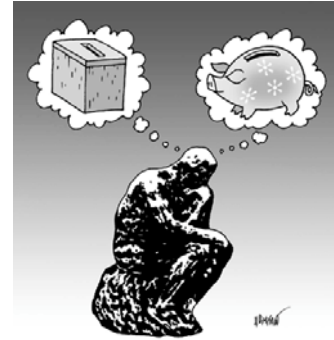
Bei der Parlamentswahl in der Republik Moldau haben die regierenden Kommunisten mit 46,1% gesiegt und damit auch die absolute Mehrheit der Parlamentssitze errungen. Von den wichtigsten Oppositionsgruppierungen schafften lediglich der „Blocul Moldova Democrata“ (29,41% = 34 Mandate) und die christdemokratische Volkspartei (Partidul Popular Crestin Democrat / PPCD; 9,7% = 11 Mandate) den Einzug ins Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 64 %. Nennenswerte Proteste der nationalen und internationalen Wahlbeobachter wegen Unregelmäßigkeiten beim Urnengang sind bislang ausgeblieben.



Rund 2,3 Millionen Wahlberechtigte waren am 6. März dazu aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Für die 101 Mandate, die auf der Basis einer Verhältniswahl bestimmt wurden, kandidierten 23 Wettbewerber: 9 Parteien, 2 Wahlbündnisse und 12 unabhängige Kandidaten. Nicht zuletzt wegen der vom Wahlgesetz vorgesehenen Quoren (3% für unabhängige Kandidaten, 6% für Parteien und 9% für Wahlbündnisse) hatten von Anfang an nur 3 Gruppierungen eine echte Chance des Einzugs ins Parlament:

- die Kommunisten (Partidul Comunistilor din Republica Moldova/PCRM)
- die christdemokratische Volkspartei / PPCD,
sowie
- der „Blocul Moldova Democrata“ aus mehreren Gruppierungen („Allianz Unser Moldova“, Demokratische Partei und Sozialliberale Partei)

In den letzten beiden Umfragen vor der Wahl lagen die Kommunisten mit Abstand in Front (zw. 48% und 61% je nach Umfrage), BMD (20,9% bzw. 25%). PPCD (zwischen 10 und 12%).



Nicht zufällig standen auch bei den diesjährigen Wahlen außen- und innenpolitische Fragen im Mittelpunkt des Wahlkampfes.

Nach den Ereignissen in Georgien und in der Ukraine fürchtete vor allem Russland einen weiteren Machtwechsel in Moldova und damit in ihrem einstigen Einflussbereich, wobei auch der ungelöste Transnistrien-Konflikt im Osten des Landes immer wieder in der internationalen Gemeinschaft für Warnungen an die Adresse Moskaus sorgte, die Stabilisierungsbemühungen nicht zu konterkarieren. Auch bot die Tatsache, dass 15% der Bevölkerung in Transnistrien Wahlrecht in Moldova hatten, aber um die Ausübung ihres Rechts fürchten mussten, Anlass zur Sorge um eine weitere Verschärfung des Konfliktes.

Aber auch der Erfolg der „oranzenen“ Revolution in der Ukraina hat insbesondere die Christdemokraten in Moldova, aber auch die zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft zusätzlich motiviert, ihre Anstrengungen um eine nachhaltige Demokratisierung der moldovaischen Gesellschaft zu intensivieren. Um so mehr muss das erzielte Stimmenergebnis (gut 9 %) als enttäuschend empfunden werden.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass vor allem die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen rasche und tiefgreifende Reformen zwingend notwendig machen. Allein der letzte *Human Development Report für Moldova* für 2003 lässt das ganze Ausmaß der Problemlagen erkennen.

Ob im Hinblick auf

- die *Lebenserwartung* (mit 68, 5 Jahren die niedrigste in der MOE- und GUS-Region),
- die Daten zur *Erziehung und Bildung* oder
- die *Entwicklung des Bruttosozialprodukts* (im Jahre 2001 mit 2.150 US-\$ p.c. unter dem Durchschnitt aller Regionen der Welt, mit Ausnahme des subsaharischen Afrikas) oder
- gar des *Armutsniveaus* (40 % der Bevölkerung leben in absoluter Armut und das Risiko, zu verarmen, wächst besonders schnell in den ländlichen Gebieten; nach Auskunft des Verbands Europäischer Arbeitgeber/FedEE werden aktuell in Moldova die geringsten Stundenlöhne in Europa gezahlt: im Gegenwert von 30 Eurocents, was 61 mal niedriger ist als in Dänemark!!)

– alle Indikatoren deuten darauf hin, dass die Republik Moldova unter drastischer Verschlechterung der Lebensqualität leidet. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land eine kontinuierliche Emigration an Arbeitskräften verkraften muss.

Unter diesen Umständen sind die großen Herausforderungen:

- rasche und effizientere Wirtschaftsreformen,

- Stärkung der demokratischen Institutionen und Verfahren
- Stärkung der Rechtsstaatlichkeit
- Überwindung sozialer Desintegration .

Dass als Vorbedingung für eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen und der Entwicklung des Landes auch eine Intensivierung der Bemühungen um *good governance* gehört, versteht sich in diesem Kontext von selbst.



Die derzeit regierende und bei den Wahlen bestätigte kommunistische Regierung und der Präsident der Republik Moldova, *Vladimir Voronin*, werden von den oppositionellen Parteien für die Misere des Landes verantwortlich gemacht, genießen freilich noch immer einen beachtlichen Rückhalt in der Bevölkerung, insbesondere auf dem Lande und u.a. auch bei Pensionären, die mit bescheidenen Rentenerhöhungen geködert worden waren. Außerdem werden die Massenmedien umfassend kontrolliert, so dass Kritik an der Regierungspolitik gar nicht erst aufkommt.

Gleichwohl ist die Ausgangslage für die oppositionellen Gruppierungen in diesem Jahr unvergleichlich viel günstiger als früher gewesen. Sowohl von Seiten der amerikanischen Regierung wie auch durch hohe Repräsentanten der Europäischen Union waren am Vorabend des 6. März „freie und faire Wahlen“ angemahnt worden.

Die Christdemokraten erhielten durch die Ereignisse in der Ukraine, aber auch durch die Abwahl der sozialistischen Regierung in Rumänien deutlichen Auftrieb. Als Symbol des Wandels hatte die Partei die Farbe Orange von der ukrainischen Opposition übernommen. *Iurie Rosca*, Vorsitzender der PPCD, erklärte zwar, dass derzeit keine „orangene Revolution“ in der Republik Moldau zu erwarten sei, kündigte aber bei offenkundigem Wahlbetrug massive Proteste an.

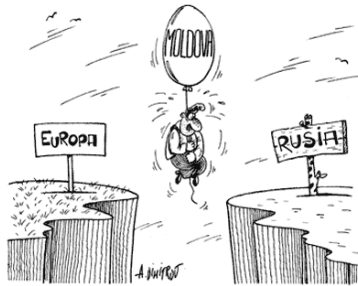
Die Chancen für halbwegs korrekte Wahlen waren in mehrfacher Hinsicht bedeutend gewachsen:

Die Organisationen der Zivilgesellschaft spielten eine aktive Monitoring-Rolle im Wahlkampf und genossen auch massive internationale Unterstützung: in der „Coalitia 2005“, die den vielleicht umfassendsten Verhaltenskodex zur Ermöglichung freier und fairer Wahlen bei größtmöglicher Chancengleichheit erarbeitet hatte, waren allein 152 NGOs des Landes zusammengefasst; die OSZE hatte mehrer Hundert Wahlbeobachter entsandt.

Pragmatische Entscheidung für Europa und materielle Vorteile

Die Wahlergebnisse spiegeln –ungeachtet der programmatischen Differenzen zwischen den Parteien – ein ehr pragmatisches Votum für Europa, westliche Werte und materielle Vorteile.

Auffällig war auch, dass selbst die PCRM den Eindruck eines strukturellen und ideologischen Reformprozesses in den eigenen Reihen zu erwecken suchte und im Wahlkampf sich einer prowestlichen Einstellung und einer „sozialdemokratischen“ Programmatik befleißigte.



Dazu passte auch die rege diplomatische Aktivität zwischen Moldova, der Ukraine und Georgien in den Wochen vor der Wahl, wobei in offiziellen Verlautbarungen immer wieder der gemeinsame Weg in Richtung Europäische Union beschworen, aber auch gleichzeitig – durchaus in beschwichtigender Absicht an die Adresse Moskaus - das Interesse an gutnachbarlichen Beziehungen zu Russland unterstrichen wurde.

Was letztlich den Ausschlag für das unbefriedigende Abschneiden der Oppositionsparteien gegeben hat, wird man erst nach einer - augenblicklich noch verfrühten - gründlichen Wahlanalyse beurteilen können. Ob die „lessons learned“ nach dem erneuten Sieg der PCRM und ihrer absoluten Mehrheit der Parlamentssitze sich auch im Prioritätenkatalog der Regierungspolitik der kommenden 4 Jahre widerspiegeln werden, wird abzuwarten sein.